

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 39/38
Telex: 888 648 pbbn d
Telefax: 21 06 04

Inhalt

Edelgard Bulmahn
MdB zur Forschungs-
politik der Bonner Ko-
alition: Zukunftsfähig-
keit unseres Landes
gefährdet. (Teil I)

Seite 1

Ilse Janz MdB zu den
fortwährenden Luftan-
griffen marokkanischer
Truppen: UNO-Frie-
densplan für Westsa-
hara durchsetzen!

Seite 6

46. Jahrgang / 168

3. September 1991

Zukunftsfähigkeit unseres Landes gefährdet Zur Forschungspolitik der Bonner Koalition (Teil I)

Von Edelgard Bulmahn MdB

Stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Der BMFT-Haushalt soll 1992 mit 9,25 Mrd. DM unter Berücksichtigung von Lohn- und Preissteigerungen 7,2 Prozent niedriger ausfallen als 1982. Auch in den Folgejahren bis 1995 liegt der Zuwachs des Haushaltes mit insgesamt 1,9 Prozent deutlich unter der zu erwartenden Geldentwertung. Dennoch sieht die Bundesregierung keinerlei Veranlassung, ihren skandalösen Sparkurs in der Forschungspolitik aufzugeben. Dies geht aus ihrer Antwort auf meine Anfrage hervor: "Mit dem Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes 1992 und der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung", so führt die Bundesregierung aus, habe sie "einen finanziellen Rahmen für den Forschungshaushalt beschlossen, der es erlaubt, die anstehenden Herausforderungen für die Forschungspolitik erfolgreich in Angriff zu nehmen."

Angesichts des sich verschärfenden internationalen Technologiewettbewerbs, der wachsenden Umweltprobleme und der Notwendigkeit, im Osten Deutschlands eine leistungsfähige und ausgewogene Forschungslandschaft aufzubauen, ist der von der Bundesregierung in der Forschungspolitik eingeschlagene Kurs kurzsichtig und gefährlich. Einerseits stellt sie nicht genügend Mittel zur Verfügung und andererseits ist sie unfähig, klare Prioritäten zu setzen und zu sagen, wo denn nun gekürzt werden soll. Mit ihrem sturen Festhalten an den Großprojekten im All verwechselt sie Forschungspolitik mit Machtpolitik, entzieht sie anderen Forschungsbereichen, die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die ökologische Erneuerung der Bundesrepublik erheblich wichtiger sind, die nötigen Finanzmittel. Mit ihrer Forschungspolitik gefährdet die Bundesregierung schlichtweg die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Forschung/Umgebung
von recycelten Rohstoffen
Recycling-Papier



Sie benachteiligt die ostdeutschen Bundesländer bei der Vergabe von Forschungsmitteln und bringt den Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen und ausgewogenen Forschungslandschaft in Ostdeutschland nicht voran. Die pauschalen Kürzungen nach der Rasenmähermethode bei den Großforschungseinrichtungen und der Projektförderung in den alten Bundesländern führen zu schwerwiegenden Verwerfungen und nicht wiedergutzumachenden Flurschäden in der deutschen Forschungslandschaft. Mehr als 6500 Arbeitsplätze in den verschiedenen Forschungseinrichtungen gingen bei Aufrechterhaltung der jetzigen Finanzplanung bis Ende 1995 verloren. Die Bundesregierung versäumt zugleich den Aufbau von Strukturen, die die Position der Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb langfristig absichern und die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft voranbringen.

Die Forschungspolitik muß wieder verlässlich und berechenbar werden. Wissenschaft und Forschung brauchen wieder eine klare und langfristige Perspektive. Aus real sinkenden Haushaltsansätzen bei insgesamt steigenden Anforderungen an die Forschungspolitik lassen sich nicht quasi nebenbei auch noch der Aufbau der ostdeutschen Forschungslandschaft und die überdimensionierten Weltraumprogramme finanzieren. Der Haushalt des BMFT muß deshalb auf mindestens 10 Mrd. DM aufgestockt werden. Dieser Zuwachs ist insbesondere durch Einsparungen bei den FuE-Mitteln des BMVg zu finanzieren. Erforderlich sind aber auch andere Schwerpunktsetzungen, die stärkere Ausrichtung der Forschungspolitik an den tatsächlichen Problemen und Herausforderungen, vor denen die Bundesrepublik steht. Hierzu sind die Beteiligung der Betroffenen, der offene Diskurs und eine breite Debatte mehr als überfällig.

Anhaltender Abwärtstrend der Forschungsförderung

Die Förderung von Wissenschaft und Forschung bleibt für die Bundesregierung Nebensache. Bei keinem anderen Politikfeld hat sie in den vergangenen Jahren so gespart. Seit Jahren wächst der Haushalt des BMFT nur unterdurchschnittlich. Real - unter Berücksichtigung der Preisentwicklung des Sozialproduktes - erreichte der BMFT-Haushalt in keinem einzigen Jahr mehr das Niveau des Jahres 1982. Mit nominal 9,25 Mrd. DM werden im kommenden Jahr real 7,2 Prozent weniger Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stehen als 1982. Berücksichtigt man zudem noch den größeren Bedarf infolge der deutschen Einheit, so ist der Bedeutungsverlust des Forschungshaushaltes geradezu dramatisch. Gab das BMFT 1982 real - in Preisen von 1985 - noch 121 DM pro Kopf der Bevölkerung aus, so werden es im kommenden Jahr nur noch 92 DM sein. Nur um das Niveau der Forschungsausgaben von vor zehn Jahren zu halten, müßte der Forschungshaushalt im kommenden Jahr bei ca. 11,5 Mrd. DM statt der tatsächlich vorgesehenen 9,25 Mrd. DM liegen. Nach der von der Bundesregierung vorgelegten Finanzplanung hält dieser Abwärtstrend auch in den kommenden Jahren an. Steigt der Bundeshaushalt bis 1995 um 6,3 Prozent, so bleibt der BMFT-Haushalt mit 1,9 Prozent erneut hinter der allgemeinen Haushaltssteigerung und hinter der zu erwartenden Preisentwicklung zurück.

Unsichere Zukunft der Forschung in Ostdeutschland

Eine dauerhafte, positive wirtschaftliche Entwicklung wird es in den ostdeutschen Bundesländern nur geben, wenn sie in der Lage sind, Innovationen aus eigener Kraft hervorzubringen und die regionale Industrie auf eine funktionsfähige und leistungsstarke FuE-Infrastruktur zurückgreifen kann. Wenn die international führende Stellung der Bundesrepublik als Industrienation nicht gefährdet werden soll, muß sich der Auf- und Ausbau der ostdeutschen Forschungslandschaft zugleich am führenden Weltniveau orientieren. Aufgrund der Finanzschwäche der neuen Bundesländer und des erheblichen Nachholbedarfs in Ostdeutschland kommt dem Bund bei der Neustrukturierung der außeruniversitären Forschung eine besondere Verantwortung zu.

Die Bundesregierung wird dieser besonderen Verantwortung nicht gerecht. Im Gegenteil, sie drückt sich und wälzt die Kosten soweit es nur geht auf die Länder ab. Während in den alten Bundesländern im Schnitt 74 Prozent der Grundfinanzierung der gemeinsam von BMFT und Ländern finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen durch das BMFT aufgebracht werden, sind es in den neuen Bundesländern nur 66 Prozent.

Nach den Planungen des BMFT sollen die ostdeutschen Bundesländer auch in den kommenden Jahren nur unterproportional an den BMFT-Mitteln beteiligt werden. Bei einem Gesamthaushalt von 9,25 Mrd. DM will der Forschungsminister im kommenden Jahr 1,34 Mrd. DM für Forschungseinrichtungen und Forschungsvorhaben in Ostdeutschland bereitstellen. Dies sind 14,4 Prozent des BMFT-Haushaltes. Pro Kopf der Bevölkerung wendet das BMFT damit im Westen 127 DM, im Osten aber nur 82 DM auf. Bei dieser Benachteiligung Ostdeutschlands soll es nach den Planungen des BMFT auch in den kommenden Jahren bleiben. Bis 1995 steigt der Anteil der neuen Bundesländer an der institutionellen Forschungsförderung um ganze zwei Prozentpunkte.

Die Haushaltsansätze für die neuen Bundesländer sind nicht nur relativ gesehen, sondern auch im Hinblick auf die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates völlig unzureichend. Der Wissenschaftsrat empfiehlt die Schaffung von 6900 Planstellen im Verantwortungsbereich des BMFT, 3500 bei Einrichtungen der Blauen Liste, 1600 bei Großforschungseinrichtungen, 1000 bei Fraunhofer-Instituten und 800 bei der Max-Planck-Gesellschaft. Für Investitionen, Betrieb und Personalkosten dieser Einrichtungen sind im kommenden Jahr insgesamt 886,36 Mio. DM vorgesehen, davon 585 Mio. DM im BMFT-Haushalt, 60 Mio. DM im Hochschulerneuerungsprogramm. Die restlichen Mittel in Höhe von 241 Mio. DM müssen die ostdeutschen Länder aufbringen.

Schon überschlägige Rechnungen zeigen, daß sich mit diesen Mitteln die Empfehlungen des Wissenschaftsrates nicht umsetzen lassen. Selbst wenn man für Personalkosten nur 71 Prozent der entsprechenden Durchschnittswerte Westdeutschlands ansetzt, so ergibt sich hieraus durchaus kein geringerer Gesamtbedarf. Um den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den neuen Einrichtungen vergleichbare Arbeitsmöglichkeiten wie in den westlichen Industrieländern zu bieten, werden erhebliche Investitionen für Erstausrüstung, für die Beschaffung moderner Laborgeräte, Apparaturen und sonstiger Geräte nötig, müssen Gebäude neu errichtet oder gründlich renoviert werden, ist ein erheblicher Nachholbedarf mit westlicher Literatur zu decken. Um leistungsfähige Institute, die im internationalen Forschungswettbewerb mithalten können, aufbauen und unterhalten zu können, wären etwa 1,1 Mrd. DM erforderlich. Gänzlich unberücksichtigt bleibt in den jetzigen Planungen des BMFT auch die für 1983 vorgesehene Anpassung der ostdeutschen Löhne an das Niveau im Westen.

Wie der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen schreibt, beruht "die empfohlene Stellenausstattung für die neuen Einrichtungen in nahezu allen Fällen darauf, daß ein hoher Anteil an weiteren Beschäftigten aus Drittmitteln finanziert werden kann. Es wird also darauf ankommen, daß die großen Drittmittelgeber in erheblichem Maße dazu beitragen, in den neuen Einrichtungen zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt Bund und Ländern, die Aufwendungen für Drittmittelförderung angemessen zu erhöhen." Dieser Empfehlung will die Bundesregierung nicht entsprechen. Die Projektfördermittel sollen bis 1995 vielmehr um 6,2 Prozent gekürzt werden.

Schwerwiegende Substanzverluste bei den Großforschungseinrichtungen

Betroffen von der kurzfristigen Sparpolitik der Bundesregierung sind in den alten Bundesländern vor allem die Großforschungseinrichtungen. Auf den ersten Blick scheint zwar alles beim alten zu bleiben. Mit 2,34 Mrd. DM jährlich sollen die Großforschungseinrichtungen in den

kommenden Jahren in etwa den gleichen Betrag an institutioneller Förderung vom BMFT erhalten wie 1990. In der Realität bedeutet dies allerdings, daß die tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel innerhalb von nur fünf Jahren um 20 bis 25 Prozent sinken, denn die voraussichtlichen Tarifsteigerungen im Personalbereich und Preissteigerungen im Investitions- und Verbrauchssektor dürften sich im gleichen Zeitraum auf durchschnittlich etwa 4-5 Prozent pro Jahr belaufen.

Hinzu kommt, daß die Großforschungseinrichtungen gleichzeitig mit einem drastischen Rückgang bei den Projektfördermitteln rechnen müssen. Die Bundesregierung beabsichtigt nämlich nicht nur die Projektförderung insgesamt um rund 6,2 Prozent zu kürzen und knapp 18 Prozent der jeweils zur Verfügung stehenden Fördervolumens in die neuen Bundesländer zu vergeben, sondern sie will die Projektförderung in institutionell geförderten FuE-Einrichtungen in den alten Bundesländern bis Ende 1992 auf begründete Ausnahmefälle beschränken. Für die Großforschungseinrichtungen ergeben sich hieraus weitere Einnahmeausfälle bis 1995 in Höhe von nominal 22,6 und real von etwa 60,5 Mio. DM.

Mehr als 4300 der derzeit rund 21 400 Vollzeit Arbeitsplätze würden bei Beibehaltung der jetzigen Planungen innerhalb der nächsten vier Jahre verloren gehen. Dabei dürften die Kürzungen zu etwa 70 Prozent den wissenschaftlichen Bereich betreffen, da schon aus Sicherheitsgründen im technischen Betriebsbereich eine Mindestgröße und auch im Verwaltungsbereich eine gewisse Ausmaß zur Gewährleistung der Grundfunktionen nicht unterschritten werden können. Da der rasche Personalabbau nicht im Rahmen der üblichen Personalfuktuation und des zu erwartenden Altersabganges zu bewältigen ist, müßten auch Kündigungen vorgenommen werden.

Betroffen hiervon wäre vor allem der wissenschaftliche Nachwuchs, da die Entlassung langjähriger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht zulässig wäre. Was dies bedeutet, hat die Bundesregierung selbst im letzten Bundesbericht Forschung zum Ausdruck gebracht: "Die Großforschungseinrichtungen haben daher auch künftig großen Bedarf an hochqualifizierten Wissenschaftlern und Technikern. Die Sicherung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses ist deshalb eine zentrale Frage für die Zukunftsperspektiven der Großforschungseinrichtungen."

Da sich der durch die Plafondierung vorgegebene Abbau von Arbeitsplätzen nicht erreichen läßt, es sei denn, die Einrichtungen verzichten auf Jahre hinaus darauf, freiwerdende wissenschaftliche Planstellen wieder besetzen, muß eine Kürzung bei den Betriebs- und Investitionsmitteln vorgenommen werden. Die Folge: Nötige Investitionen unterbleiben, der Gerätepark und die Laborausrüstungen veralten, Großgeräte und Anlagen können nicht mehr so intensiv wie bisher genutzt werden, großforschungsspezifische Forschungsaufgaben müssen zurückgestellt werden. Die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen im internationalen Vergleich sinkt, denn Spitzenleistungen sind heute mit einer unzureichenden apparativen Ausstattung nicht mehr zu erzielen.

Die massive Zusammenstreichung der effektiv zur Verfügung stehenden Mittel innerhalb weniger Jahre und die damit einhergehende Vernichtung von hochqualifizierten Arbeitsplätzen sind mit schwerwiegenden Substanzverlusten und einer nachhaltigen Schwächung des Innovationspotentials der Großforschungseinrichtungen verbunden. Infolge des kurzen Zeitraumes, innerhalb dessen die Aufgabenstellungen und Schwerpunktsetzungen der Großforschungseinrichtungen an die neuen Finanzvorgaben angepaßt werden müssen, lassen sich die Kürzungen auch nicht auf einzelne Forschungsbereiche beschränken. Bewährte Forschungsteams müßten auseinandergerissen werden, wichtige Themenfelder könnten nicht mehr bearbeitet werden. Betroffen wären vor allem jene Forschungsfelder, die für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und für die sozial- und umweltverträgliche Umgestaltung unserer Industriegesellschaft von herausragender Bedeutung sind.

Wenn die Bundesregierung zur Begründung ihrer Kahlschlagpolitik bei den Großforschungseinrichtungen nun ausführt, die Großforschungseinrichtungen seien "mit über 2,3 Mrd. DM der bei weitem größte institutionelle Bereich im Haushalt des BMFT, es versteht sich deshalb von selbst, daß ihre Finanzplanung nicht unverändert bleiben kann", so steht dies in fundamentalem Gegensatz zu der bisherigen Forschungspolitik der Bundesregierung. Stiegerte die Bundesregierung doch den Anteil der Großforschungseinrichtungen am BMFT-Haushalt von 1982 bis 1990 kontinuierlich von 23,8 Prozent auf 29,3 Prozent und dies, obgleich die Großforschungseinrichtungen im gleichen Zeitraum stets auch der bei weitem größte institutionelle Bereich innerhalb des BMFT waren.

Eine derartige Schaukelpolitik ist an Perspektivlosigkeit nicht zu überbieten. Wissenschaft und Forschung brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Sie lassen sich nicht an dem hektischen Auf und Ab tagespoltischer Erfordernisse ausrichten. Wenn schon gespart und gekürzt werden muß, dann kann hierüber nur anhand einer klaren Zieldefinition der Forschungspolitik und anhand von fachlichen Kriterien entschieden werden. Nun behauptet die Bundesregierung, bei ihrem Streichkonzert "differenziert nach forschungspolitischen Grundsätzen" vorzugehen, wie die Finanzplanung für die Großforschungseinrichtungen zeigt, kann hiervon jedoch keine Rede sein. Zwar legen einzelne Einrichtungen auch in den kommenden Jahren durchaus noch um bis zu 3,8 Prozent zu, während andere auf bis zu 5,4 Prozent ihrer jetzigen Mittel verzichten müssen. Die Abweichungen nach oben oder unten erklären sich jedoch allein aus dem Auslaufen von Investitionsvorhaben bzw. aus der Fortführung bereits in Angriff genommener Investitionen, die nun nicht einfach wieder zurückgenommen werden können, nicht jedoch aus einem differenzierten Vorgehen der Bundesregierung. So wundert es denn auch nicht, daß die Bundesregierung alle Fragen nach den spezifischen Aufgabenstellungen der Großforschungseinrichtungen, nach den vorzunehmenden strukturellen Veränderungen, nach den Entwicklungsperspektiven der Einrichtungen, nach den zugrundeliegenden Kriterien für die geplante Neuordnung nicht beantworten mochte.

(-/3. September 1991/rs/ks)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

UNO-Friedensplan für Westsahara durchsetzen!
Zu den fortwährenden Luftangriffen marokkanischer Truppen

**Von Ilse Janz MdB
Bremer SPD-Landeesvorsitzende**

Die deutsche Bundesregierung muß sich den Internationalen Protesten gegen die wiederholten militärischen Angriffe der marokkanischen Armee in der Westsahara anschließen und auf die strikte Einhaltung aller Vereinbarungen des im Frühjahr dieses Jahres angenommenen Friedensplans dringen.

Es kann nicht hingenommen werden, daß der seit 1975 herrschende Krieg um die ehemalige spanische Westsahara, kurz vor Beginn des vom UNO-Generalsekretärs vorgeschlagenen "Tag des Waffenstillstands", am kommenden 6. September 1991, durch marokkanische Überfälle und Luftangriffe verlängert wird.

Das Leiden der Sahrauis und der nun schon seit 16 Jahren andauernde blutige Krieg müssen endlich beendet werden. Der vorgesehene Waffenstillstand, die Stationierung der UNO-Truppen und das für Januar 1992 vorgesehene Referendum dürfen nicht gefährdet werden.

Nachdem sich der marokkanische König Hassan II. lange Jahre geweigert hatte in offizielle Verhandlungen mit der Polisario-Front, der Befreiungsbewegung der Westsahara, zu treten und Gespräche über die widerrechtlich annektierten Gebiete zu führen, sind endlich durch langjährige Bemühungen des Generalsekretärs der UNO und vieler Länder Verhandlungen aufgenommen worden, die schließlich zur Ausarbeitung des UNO-Friedensplans führten.

Nachdem auch die Generalversammlung der UNO die Entschließung des Sicherheitsrates einstimmig in den Rang einer durchzuführenden positiven Resolution erhoben hatte, wurde allgemein die schnelle Verwirklichung des Plans und damit die Erreichung des Friedens in der Westsahara erwartet.

Es besteht jetzt der begründete Verdacht, daß durch die militärischen Angriffe der Marokkaner und durch das marokkanische Verbot, die UNO-Blauhelme in das umstrittene Gebiet einreisen zu lassen, der gesamte UNO-Friedensplan rückgängig gemacht werden soll.

Diese Provokation darf nicht unwidersprochen hingenommen werden und ich fordere deshalb die Bundesregierung auf, schnellstmöglich Maßnahmen in Absprache mit unseren internationalen Partnern zu ergreifen, um den UNO-Friedensplan für die Westsahara nicht noch in allerletzter Minute noch zu gefährden.

Die Polisario wird sich an die seit November 1989 einseitige Waffenruhe halten und sich weiterhin für eine friedliche Lösung einsetzen.

(-/3. September 1991/rs/ks)
